

Beilage zu Nummer 188 der Volksstimme.

Samstag den 12. August 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 12. August 1916

Kriegswochenhilfe.

Es immer wieder Anfragen an uns kommen, wo Frauen, deren Männer vor Ausbruch des Krieges aktiv dienten, dann Unterstützung vornehmen, aber später mit dem Antrag auf Wochenhilfe abgewiesen wurden, wollen wir nochmals die Bedingungen über die Zahlung der Reichswochenhilfe bei aktiven Soldaten, bei Zivilgefangenen und bei mit Militärstrafhaft bedachten Soldaten kenntnis bringen. Wir bitten die Kriegerfrauen und Interessenten, sich diesen Artikel auszusuchen und zu befolgen.

Wochenherren, deren Ehemänner bei Kriegsausbruch noch aktiv dienten, haben Anspruch auf die Kriegswochenhilfe.

Es kommt immer wieder vor, daß Frauen, deren Männer Ausbruch des Krieges noch aktiv dienten, mit ihrem Antrag auf Reichswochenhilfe abgewiesen werden, weil § 1 der Verordnung des Bundesrats vom 3. Dezember 1914 nicht erfüllt ist. Der § 1 lautet:

„Wochenherren wird während der Dauer des gegenwärtigen Krieges aus Mitteln des Reichs eine Wochenhilfe gewährt, wenn Ehemänner

1. in diesem Kriege dem Reich Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten oder an deren Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch den Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert sind und

2. vor Eintritt in diese Dienste auf Grund der Reichsversicherungsbildung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit versichert waren.

Die Krankenkassen verneinen die Reichswochenhilfe für Wochenherren, deren Ehemänner bei Ausbruch des Krieges aktiv dienten, da die 26 Wochen resp. 6 Wochen Mitgliedschaft in den 12 Monaten vor Eintritt in diese Dienste geleistet sein müßten. Unter „diese Dienste“ rechnen die Kassen und Versicherungsämter die Kriegsdienste. Reichsamt des Innern hat dagegen am 9. März (II. 1331) seine Ansicht dahin ausgesprochen: „Kriegsdienste können freilich in solchen Fällen nicht in Frage kommen, in denen unter den „ähnlichen Diensten“ (oben Nr. 1) in diesem Zusammenhange auch militärische Dienstleistungen im Frieden verstanden werden.“ Das Reichsversicherungsamt entschied am 12. Juli 1915 (IIa. K. 126/15) zugunsten der Wochenherren.

Weiter haben Anspruch auf Reichswochenhilfe auch Ehefrauen, deren zum Kriegsdienst verpflichtete Männer bei Ausbruch des Krieges in Feindesland arbeiteten und dort als Zivilgefangene zurückgehalten werden.

Der § 1 der obigen Bekanntmachung handelt auch von Frauen, die dem Reich Kriegsdienste leisten oder an der Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch ... Gefangennahme verhindert sind. Hier nehmen die Kassen an, daß Frauen von solchen Gefangenen, die im Ausland interniert und dadurch von vornherein an der Leistung von Kriegsdiensten verhindert sind, für die Reichswochenhilfe nicht in Frage kämen. Das Reichsversicherungsamt hat aber zugunsten der Frauen entschieden. Der Fall lag wie folgt: Der Mann — unangehobener Landsturmpflichtiger — arbeitete bei Ausbruch des Krieges in Ausland und wurde dort gefangen gehalten. Der Antrag auf Reichswochenhilfe wurde abgelehnt, weil der Ehemann nicht Kriegsgefangener, sondern nur Zivilgefangener war. Das Reichsversicherungsamt hat dagegen erklärt, daß die Bekanntmachung nicht engfaßig ausgelegt werden dürfe. Es war nicht zu verkennen, daß der Wortlaut des § 1 der Bekanntmachung entgegenstehe, aber dem Wortlaut könne eine entscheidende Bedeutung beigelegt werden, da es sich hier um ein hinsichtlich der Ausdrucksweise eingehend behandeltes Gesetz, sondern um eine aus Anlaß des Krieges im Hinblick auf die Dringlichkeit des Gegenstandes verfaßte Bekanntmachung handelte. Jedenfalls läßt auch Nr. 1 des § 1 ohne die Deutung zu, daß hiervon auch solche Personen erfaßt werden sollen, die in diesem Kriege durch Gefangennahme an der Leistung von Kriegsdiensten verhindert sind, so wie zur Leistung solcher Dienste verpflichtet gewesen sind. (Entscheidung des Reichsamt des Innern vom 10. April 1916 (IIa. K. 175).)

Dritte Frage:
Haben Ehefrauen Militärgefangener Anspruch auf Reichswochenhilfe?

Diese Frage der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hannover hat das Reichsamt des Innern am 7. Juni 1916 mit folgender Begründung verneint: Wenn der Wortlaut des § 1 der Bekanntmachung auch denjenigen zu gewähren ist, die an der Weiterleistung der Kriegsdienste durch Gefangennahme verhindert sind, so sind damit offenbar die Kriegsgefangenen gemeint, die in feindliche Gefangenschaft geraten sind, oder auch im neutralen Ausland interniert werden. Die Gewährung der außerordentlichen Unterstützung auch an solche Personen, die den Kriegsdienst infolge einer Straftat nicht weiter fortsetzen können, würde des inneren Grundes entbehren. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß die Fortsetzung der Kriegsteilnahme nicht durch die Gefangennahme, sondern durch die Verurteilung verhindert worden ist, und daß die Gefangennahme nicht eine Folge des Kriegsdienstes, sondern die Folge einer Verurteilung, also gerade einer Nichtleistung des Kriegsdienstes ist.

Aus den umliegenden Kreisen.

Neben großem Schaden noch den Hohn!

Die „Neue Tageszeitung“ in Friedberg, das Organ der Reichsbanner, läßt sich von einem Landwirt aus Frankfurt — der bekannte Teufel — folgendes schreiben:

„Will man denn in den leitenden großstädtischen Kreisen gar nichts lernen? Noch ist kaum ein Jahr her, als bekannt wurde, daß Millionen dadurch verloren gegangen sind, daß man in den Großstädten die Kartoffeln ungenügend aufbewahrt und sie dem Verderben überliefert hat. Ungezählte Mengen dieses bedeutsamen Volksernährungsmittels wanderten nachlässigerweise hier und in unseren Nachbarkreisen in den Rhein oder auf die Reichsstraßen. Schon wieder aber stehen wir solchen Unbegreiflichkeiten gegenüber. Am vergangenen Samstag weifte ich in Frankfurt, ein Kartoffelhändler bot mir Kartoffeln zu ausnehmend billigen Preisen an. Der Wissenschaft halber folgte ich ihm auf die Güterstraße am Osthafen. Dort standen etwa 12 Waggons, aus denen die Brühe herauslief, gleichsam als wenn nasse Biertrichter darin geladen wären. Der Inhalt waren aber vollständig verfaulte Frühkartoffeln, die, weil wieder einmal irgend etwas nicht funktioniert, verdorben sind. Für einen Wagon wurden 90 Mark verlangt und 2000 Mark soll er der Stadt gekostet haben. Das waren aber noch nicht alle Kartoffeln, auf der Mainfur standen noch mehr Waggons, die denselben Inhalt hatten. Man muß sich fragen, warum übergibt man die Kartoffeln nicht dem freien Verkehr. Es ist doch ein Skandal, zumal in der heutigen Zeit, daß durch unsere öde Gleichmacherei und Bürokratie wertvolle Nahrungsmittel in großen Mengen vernichtet werden. Mit den Hunderttausenden, die bergelastet verloren gehen, möge man lieber den armen Leuten umsonst Kartoffeln liefern oder ihnen einen Zuschuß geben, die Kartoffellieferung aber überlasse man denen, die sie schon früher geliefert haben.“

Diese Auslassungen stellen den Gipfel größter Unverschämtheit dar. Wir geben ohne weiteres zu, daß sich hier und da einige Mängel in der Organisation der städtischen Kartoffelversorgung zeigten, zeigen mußten, weil eben alles gelernt sein muß. Die Städte und Gemeinden aber verantwortlich zu machen dafür, daß dieses Jahr wiederum Millionen Zentner Kartoffeln ungenießbar wurden, wäre vollkommen verfehlt. Jeder vernünftige Mensch sah in den Monaten Juni und Juli ein, daß die vorhandenen Kartoffel- und Mehlvorräte ausgingen, wofür Ersatz geschafft werden mußte. Besonders größere Städteverwaltungen mußten möglichst große Vorräte treffen. Sie konnten jedoch nicht wissen, daß die Landwirte auch im dritten Kriegsjahre die Rot der städtischen Bevölkerung in der schamlosesten Weise auszunutzen würden. Es ist mit Worten nicht zu beschreiben, welcher Skandal es ist, den Gemeinden erst halbweise, sofort faulende Kartoffeln auszuliefern und hernach, wenn das Geld imbeutel klingt, sich über die dummen Städter lustig zu machen. Wenn so gehandelt wird wie es nun schon jahrelang planmäßig geschieht, braucht bei militärischen Reklamationen der Bauer auch nicht mehr besonders berücksichtigt zu werden.

Daß die Städte bisher von den Bauern, die gut organisiert sind, so unheimlich hintersorgt werden konnten, liegt zum Teil mit daran, daß die Städte und Gemeinden bei Einkäufen, Abschlüssen usw. zu wenig organisatorisch geschlossen vorgehen konnten, weil es an der nötigen Verbindung und Uebereinstimmung mangelt. Vielleicht geschieht auch hier bald etwas im Interesse der Volksernährung und besonders, um den Unverschämtheiten und wucherischen Wucherationen der organisierten Landwirte die Spitze abzubreaken. Denn so kann es doch wahrlich nicht weitergehen.

Griesheim, 12. Aug. (Kommunales.) Ueber die Versorgung der Einwohner mit Winterkartoffeln hatte die Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung zu beraten. Bürgermeister Wolff gab zunächst einen Überblick über die Erfahrungen, die man in den letzten zwei Jahren gemacht hat, betonte dabei, daß man auch hier mit der Verteilung der benötigten Kartoffeln auf große Schwierigkeiten gestoßen sei, hoffe aber, daß sich in diesem Jahre eine bessere Regelung durchführen lasse. Nachdem die Beschlußnahme sämtlicher Kartoffelbesitzer stattgefunden hat, bezieht die Gemeinde ihren Bedarf nur von der Reichskartoffelstelle beziehen. Die Lieferungen erfolgen getrennt im Herbst und Frühjahr. Die erste Lieferung erfolgte sich auf die Zeit vom 15. August bis 15. April. Die Gemeindebesitzer sind gehalten, genaue Angaben über ihren Bedarf zu machen. Nach Abzug der bebauten Kartoffelfläche in der Gemarkung (2700 Ar) benötigt Griesheim noch 40 000 Zentner. Da die Gemeinde über keine Lagerräume verfügt, außer der „Rosenau“, wo man etwa 6000 Zentner lagern kann, stehen der Aufbewahrung der Kartoffeln über den Winter große Schwierigkeiten entgegen. Die mit der Kartoffelversorgung in Verbindung stehenden Fragen sollen von einer Kommission genau geprüft werden. Ebenso wurde vom Bürgermeister nochmals die in der „Volksstimme“ geschilderte Festsetzung der Höchstpreise für Frühkartoffeln im Kreise erörtert, und ist der Meinung, wenn der Preis bestehen geblieben wäre, daß für die Einwohner eine Mehrausgabe von 7000 Mark bedeutet hätte. Durch die große Menge Frühkartoffeln, die auf einmal der Gemeinde zur Verfügung standen und schon angekauft waren, ist ihr ein Schaden von 8000 Mark erwachsen, für die Entschädigung verlangt wird. Scharfe Worte galten auch dem gelben Verleumdung, der sich am letzten Mittwoch einen Wagon Kartoffeln für seine Mitglieder kommen ließ, so daß diese Familien zweimal versorgt werden konnten. Bürgermeister Wolff sagte, hätte er das gleich erfahren, würde er die Kartoffeln am Bahnhof beschlagnahmt haben. Herr Wähler erwiderte kühl, daß sie dann die Kartoffeln in die Hand nehmen lassen würden. Eine lange Aussprache knüpfte sich an diese Darlegungen, die darin gipfelte, dem Gemeinderat und der Kommission die nötigen Kredite zu gewähren, damit die Kartoffelversorgung richtig in die Wege geleitet werden kann. Gerichte Weber und Herr Röhner forderten noch, daß bei der Reichskartoffelstelle beantragt werden möge, für Griesheim mehr als anderthalb Pfund für die Person zu bemessen, da man es hier mit einer nur schwer arbeitenden Bevölkerung zu tun habe. In Erwägung soll gezogen werden, denjenigen Korporationen, die sich schon jahrelang mit der Kartoffelversorgung befaßt haben, ihren Bedarf zuzuteilen, damit nicht mehr viel Vorräte zu lagern übrig bleiben. In einer geheimen Sitzung wurde die Feuerungsabgabe an die Lehrer abgelehnt.

Homburg v. d. S., 11. Aug. (Stiftung.) Ein alter Homburger Aurgast, der ungenannt bleiben will, stellte 100 000 Mark zum Ausbau des Elisabethbrunnens, der berühmtesten der zwölf Homburger Quellen, zur Verfügung. Die Entwürfe werden nach Angabe des Kaisers gefertigt und von Bildhauer R. Danneberg, dem Schöpfer des hiesigen Brunnens, in Berlin ausgeführt.

Bad Homburg v. d. S., 12. Aug. (Unterlagene Vereinsgelder.) Der Lehrer an der Allgemeinen Bürgerschule Ludwig Ochs hier war jahrelang Kassierer der Beamtenvereinskasse, die für ihre Mitglieder Lebensmittel und Kohlen vermittelt, so daß jährlich etwa 25–30 000 Mark fremde Gelder durch seine Hände gingen. Bei einer außerordentlichen Revision im November 1915 fand sich in der Kasse ein Fehlbetrag von 8680 Mark. Ochs gab sofort zu, daß er sich in den letzten Jahren fortgesetzt an den Vereinsgebern vergiffen habe. Wenn die ordentlichen Revisionen

kamen, verschaffte er sich Geld, manchmal auf kurzfristige Wechsel, und deckte das Loch zu. Wie es scheint, haben die Aufwendungen für seinen Hausstand nicht im Einklang gestanden mit seinem Einkommen. Die Frankfurter Strafkammer verurteilte den 62jährigen Angeklagten, der vorläufig vom Verhört suspendiert ist, wegen fortgesetzter Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis.

Homburg v. d. S., 12. Aug. (Eine Stadtverordnetenversammlung.) findet in der Vorhalle des Kurhaus-Theaters am Montag, den 14. August 1916, abends 8½ Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: Einstellung von Fondsausschüssen während des Krieges. Gewährung einer Kriegszulage für Beamte und Angestellte mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2000 Mark.

Walsdorf, 10. Aug. (Schadenfeuer.) Bei einer Treibmaschine, die zwischen hier und Wärsen im Betrieb ist, brach gestern mittag ein Feuer aus, das trotz schneller Bekämpfung Getreide und Stroh vernichtete und die Treibmaschine beschädigte. Das Gerücht, wonach ein hiesiger französischer Gefangener den Brand verursacht habe, bestätigte sich nicht. Wohl wurde ein französischer Soldat ins Gefängnis nach Garmisch abgeführt, aber nur, weil er seiner Schadenfreude über den verursachten Schaden öffentlich Ausdruck verlieh.

Friedenheim, 12. Aug. (Mischkritik.) Jede Tag bringt unseren Einwohnern neue Überraschungen. Bald gibt es kein Fleisch, bald keine Butter. Zuletzt ist noch der Käse- und Seifensverkauf eingestellt worden. Vergangene Woche wurden schon zwei Brotmarken in Abzug gebracht, und jetzt hat der Bürgermeister eine neue Verfügung erlassen, in der es heißt: „Von der nächsten Woche an sollen die während der Kartoffelknappheit bewilligten Zusatzmarken für Brot wieder weg.“ Wir haben in letzter Zeit schon des öfteren darauf hingewiesen, in welcher Zwangslage die auswärtig beschäftigten Arbeiter sich befinden. Sollen sich die Arbeiter vielleicht nur noch von Kartoffeln ernähren? Und wie das zu bemerken ist, in manchen Betrieben die Kartoffeln zu liegen, bedarf der Auffklärung des Bürgermeisters. Also für die ganze Woche erhält der Arbeiter höchstens 120 bis 150 Gramm Fleisch oder auch Butter, und zwar nur Samstags; die Butter aber ist abends noch selten genießbar. Hier sind schon lange keine mehr zu haben, nur einmal zwei für die Familie. Das Schmalz (Margarine) ist auf ein halbes Viertel herabgesetzt. Es wäre doch endlich an der Zeit, daß sich die hiesige Einwohnerschaft einmal eingehend mit dieser Angelegenheit in einer Versammlung beschäftigt.

Bibel, 12. Aug. (Der Krieg...) Die Friedberger Kreis-Schulkommision hat den hiesigen Schülern das Tragen von Holzschuhen und Holzpantoffeln, vor allem aber das Barfußgehen aufs dringendste ans Herz gelegt. In den oberen Klassen fällt, wenn die Enterteilen besonders drängen, der Unterricht von früh 10 Uhr an aus.

Weilau (bei Diez), 10. Aug. (Elektrisch verbrannt.) Gestern mittag war der 12 Jahre alte Sohn des Pfarrers von Langenscheid mit mehreren Jungen aus seiner Gemeinde nach hier gekommen, um an dem Mineralbrunnen Wasser zu holen. Im jugendlichen Übermut erklomm der Knabe den Mast der elektrischen Hochspannungsfernleitung und berührte einen der unter 10 000 Volt Spannung stehenden Drähte. Der Junge stürzte vom Mast ab; er hatte am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten. Vermutlich wurde er nach Hause getragen.

Wärsen, 10. Aug. (Witchschlag.) Das Gewitter, das sich gegen 5 Uhr nachmittags entlud, brachte den Fluren zwar das gewünschte Reg. richtete aber auch Schaden an. Ein Witschlag setzte die Scheune und die Stallgebäude eines Landmannes in Brand, die vollständig ausbrannten. Die Löscharbeiten waren besonders dadurch erschwert, daß der Ort heute noch ohne Wasserleitung ist.

Singen, 11. Aug. (Waldbrand.) Gestern abend 7 Uhr brach im Singer Wald auf dem Wege nach dem Schweizerhause von der Sandbrähe am Rhein aus ein Waldbrand aus. Der Brand war so stark, daß die Singer Feuerwehr zur Löschung hinzugezogen werden mußte.

Braunbad, 11. Aug. (Tödtlich verunglückt.) Der Jagt-Geiger Adolf Dammert verunglückte in der Gruke tödtlich durch einen Sturz in einen Schacht.

Niebershausen, 10. Aug. (Vergiftung.) Ein sieben-jähriges Mädchen lag auf einem Spaziergang infolge Unkenntnis Tollkirschen und starb kurz darauf unter schrecklichen Schmerzen.

Kassel, 10. Aug. (Die eigene Mutter erschossen.) Wie aus Gerbeshausen (bei Heiligenrod) gemeldet wird, hat dort der Sohn des Gutbesizers Niehmüller bei der Jagd nach Spaten im Gemüse- und Obstgarten die Mutter erschossen. Die Mutter hatte Kergernis an der leichtsinnigen Schießerei beim Gause genommen und wollte dem Jungen das Jagdgewehr abnehmen, als plötzlich die Waffe sich vorzeitig entlud und die Mutter in den Kopf traf, so daß sie tot niederfiel.

Aus Frankfurt a. M.

Noch einmal verdorbene Kartoffeln. Eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Unsere wiederholten Artikel über die verdorbenen städtischen Kartoffeln im Osthafen haben naturgemäß auch ihren Weg in die auswärtige Presse gefunden und hier ebenfalls eine berechnete scharfe Kritik hervorgerufen. Diese Artikel haben nun dem hiesigen „General-Anzeiger“ zu einer „Anfrage“ an „zuständige Stelle“ Veranlassung gegeben. Die Antwort liegt in der Freitagsausgabe des genannten Blattes vor. Sie stellt, um es gleich zu sagen, eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit dar. Da wird zunächst eine philosophische Auseinandersetzung darüber gebracht, daß neue Kartoffeln leicht faulen, was jeder weiß, der sich einigermassen um solche Dinge kümmert. Dann behauptet die „zuständige Stelle“, daß es vollkommen unrichtig sei, daß Tausende von Zentnern Kartoffeln verdorben und daß in den Rhein überhaupt keine Kartoffeln geworfen seien.

Wir fragen: Wer ist diese „zuständige Stelle“, die solche Tatsachen zu bestreiten wagt, daß Tausende von Zentnern verdorben sind?

Sind die hohen und sich von Stunde zu Stunde vergrößernden Berge von Kartoffeln am Niederwald, die zum Himmel stinken und in deren Rinde Tag um Tag Hunderte von Franten und Kindern herumstochern, um noch einige unverborbene Kartoffeln zu erwischen, nicht laßliche, unumstößliche Belege für die buchstäblich Tausende von faulenden Kartoffeln?

Wir empfehlen jedem, der's nicht glauben will, für morgen einen Sonntag nachmittags Spaziergang nach dem Nidderwald. Er kann dort sein blaues Wunder erleben und riechen.

Dann möge sich die „zuständige Stelle“ mal bei den Galenarbeitern und Schiffen erkundigen; die wissen ein Lied davon zu singen, was dieser Tage der Mann an künftigen Kartoffeln in seinen Schatz aufnehmen mußte. Der „zuständige Stelle“ würde Hören und Sehen vergehen.

Und zum dritten: Sollte der „zuständige Stelle“ wirklich nicht bekannt sein, daß im Osthafengelände und auf der Mainkur noch zahlreiche Eisenbahnwagen mit faulen, stinkenden Kartoffeln stehen, aus denen die Rausche nur so herausströmen? Das sind doch Kartoffeln, die kein Geheimnis, im Gegenteil, schon eine vielbelächelte „Sehenswürdigkeit“ sind. Für 30 Mark kauft man zu Anfang der Woche solch einen Wagen loszuschlagen, der ursprünglich seine 2000 Mark gekostet hat.

Diese Kistenmengen verdorrten Kartoffeln nennt die „zuständige Stelle“ dann einen „verschwindend kleinen Teil, der der Müllverbrennungsanstalt überwiesen wurde“. Eine köstliche Logik und eine Behauptung, die aller Wahrheit glatt ins Gesicht schlägt. Und wenn dann gar gesagt wird, daß die faulen Kartoffeln in die Müllverbrennungsanstalt gekommen seien, so ist es, wie es in dem Artikel im „Gen.-Anz.“ heißt, „zu erbellen, daß die Rausche nicht in einer Weise zu beschaffen sind, die als Trockenpräparate für die menschliche Ernährung, wie z. B. bei der Breiherstellung sehr gut zu verwerten sind“, so sagen wir: Was Teufel über den Humismus, der aus solchen Sagen spricht, wie ihn der „General-Anzeiger“ gestern stumm, ergeben und — kritisch nachsehen. Wo ist hier die Gesundheitspolizei?

Wir hatten in unserem ersten Artikel nicht die Stadt für die faulenden Kartoffeln verantwortlich gemacht; denn wir wissen: sie war in einer üblen Lage und mußte die Kartoffeln abnehmen. Ausdrücklich hatten wir betont, daß die Schuld an diesen schlimmen Erscheinungen auf die fehlerhafte Preisfestsetzung durch die Reichskartoffelstelle und die Schädlichkeit der Kartoffelbauern zurückzuführen ist. Aber man soll doch auch die Kartoffeln aufpassen und nicht in einer Weise zu beschaffen lassen, die geradezu empörend wirkt. Denn die im Osthafengelände und am Nidderwald ohnmächtig stehenden Schreien und Stinken gen Himmel — trotz aller gegenteiligen Behauptungen der „zuständigen Stellen“.

Dem verehrten „General-Anzeiger“ aber empfehlen wir in kollegialer Freundlichkeit: Er schide doch selbst man seine Redakteure an Ort und Stelle und lasse die dort vorhandenen Missetaten prüfen und dann beschreiben, anstatt sich kritisch zum Sprachrohr irgend einer „zuständigen Stelle“ zu machen und sich dadurch zu — blamieren.

Städtische Schweinezucht. Die städtische Schweinezucht wurde gestern von einer Kommission des Lebensmittelamtes einer Besichtigung unterzogen. Die großen und kleinen Tierhöfe waren voll der großen Eber, die ihnen zuteil wurde, wohl bewahrt und zeigten sich von der angenehmen Seite. Verständnissinnig blinzelten sie die Herzen an, als wollten sie sagen: wir wissen sehr wohl, wie viel von unserem Wohl und Gedeihen abhängt und wie wertgeschätzt wir angesehen sind. Besonders die großen Schweine waren sich ihrer Wertschätzung voll bewußt und brachten dies auch durch eine stolze Miene zum Ausdruck. Während manche Menschen vor einem Strohhaufen Büddlinge und Krachfüße machen, als wäre er ein kleiner Halbgoß, bekundeten diese Schweine nicht die geringste Hochachtung, sondern ließen ruhig liegen und zeigten zum Teil sogar ganz despektierlich die Seite, die an Schweinen allerdings am meisten geschätzt wird. Erst als die Karren in Bewegung gesetzt wurden, in denen das Futter in die beschriebenen Buchten gebracht wird, kam Leben in die Gesellschaft, und sie vollführten einen Heidenlärm, bis sie einmüde schliefen. Ein hungriger Magen bringt eben die Tiere ebenso in Rebellion, wie die Menschen. Im übrigen müssen wir sagen, daß für die städtischen Schweine in vorzüglicher Weise gesorgt ist. Der große Pferdehof des alten Nidderhofes ist frisch geputzt und in Buchten eingeteilt worden, so daß jedes Schweinefamilie ein Zimmer für sich hat. Bevor die jungen Schweinechen dem Gemeindefleischkreis zugeführt werden, kommen sie in einen Quarantänestall, werden auf Kollaus geprüft und müssen dann 14 Tage dort verbleiben. Haben sie diese Probe einwandfrei bestanden, dann sind sie würdig, Glieder der großen Säugetierfamilie zu werden. Aber auch dann wird noch regelmäßig vom Arzt über ihr Wohlbefinden gewacht. Im ganzen sind jetzt 1310 Schweine in städtischer Pflege. Davon sind 516 in den Nidderhöfen, 674 in der Arena und 120 in der Justizstation am Griesheimer Weg untergebracht. Außerdem ist beschäftigt, in den nächsten Wochen auf dem Mainhofen eine Schweinefleischhalle zu errichten, in der dann ebenfalls 600 Tiere untergebracht werden können. Und weiter soll am sogenannten Griesheimer Rauschen eine Justizstation eingerichtet werden. Wie man sich überhaupt mit dem Gedanken trägt, die Rausche mit der Zeit selbst zu betreiben, wodurch auch die Gefahr der Einschleppung von Krankheiten herabgemindert wird. Auf alle Fälle hat die städtische Schweinezucht gute Fortschritte gemacht, wenn die Zahl der Schweine gegenüber dem Verbrauch auch eine geringe ist. In dieser Zeit allgemeiner Fleischknappheit ist auch das wenige zu schätzen.

Die Rinderfleischung, deren Notwendigkeit kürzlich von uns betont wurde, soll nun bald in geordnete Bahnen gebracht werden. In einer gestern Abend in der Gesellschaftsloge abgehaltenen Sitzung der Zentralleitung der Kriegsfürsorge wurde mitgeteilt, daß die Speisung bedürftiger Schulfinder in kleinen Anstalten (Schulkinderkassen) organisiert werden soll. Die Speisung selbst übernimmt die Zentralkommission in Gemeinschaft mit den Schulbehörden. Sie richtet zu diesem Zweck in einem Hause in der Weinmannstraße eine Zentralküche ein, von der aus das Essen den verschiedenen Speiseanstalten auf dem einfachsten Wege zugeführt werden soll. Die Stadt wird in 16 Bezirke eingeteilt, die der Zweckmäßigkeit halber um Schulen herum gruppiert werden sollen. Zunächst denkt man an die Speisung von etwa 6000 Kindern. Das ist allerdings bei etwa 80.000 Schulkindern ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz; aber es wurde betont, daß es sich vorerst um einen Versuch handelt. Sobald sich ein größeres Bedürfnis herausstellt, soll die Organisation erweitert werden. In der Küche kann Essen für etwa 20.000 Kinder hergestellt werden. Die Auswahl der Kinder soll nach zwei Gesichtspunkten erfolgen: es sollen in erster Linie erkrankte, bedürftige und unterernährte Kinder der Speisung zugewiesen werden. Mit der Speisung soll am 15. Oktober begonnen werden. Die Kosten des Essens werden auf 30 Pfennig berechnet; davon trägt die Kriegsfürsorge 20 Pfennig, und 10 Pfennig haben die Kinder zu zahlen. Natürlich sollen auch die Kinder, die nicht in der Lage sind, die 10 Pfennig bezahlen zu können, das Essen erhalten. Zur Bequemlichkeit der Eltern werden Monatskarten à 2.50 Mark herausgegeben. Das Essen soll in Bezug auf Güte mindestens dem gleich sein, was in den Kriegsküchen den Erwachsenen gereicht wird. Zur Verringerung der Kosten ist ein Fonds von 20.000 Mark vorhanden; außerdem wurden als erste Rate für die Durchführung der Speisung 30.000 Mark von der Zentralleitung bewilligt. beizulegen bewilligte die Zentralleitung 20.000 Mark für die Haus-

zusammensetzung zur Beschaffung von Kleidungsstoffen und -Stücken für den Winter.

Nationalisierung für Käse. Die Nationalisierung von holländischem Käse (Emmentaler und Gouda) von der Lebensmittelkarte muß bis auf weiteres aufgehoben werden. Von jetzt ab darf barmherziger Käse, einseitig welcher Art, also auch holländischer Käse, ohne Anrechnung auf die Lebensmittelkarte nicht vertrieben werden.

Die Revision der Vorratskammern. Im Amstblatt werden rechtzeitig die Gegenstände aufgeführt, die bei der General-Vorratsaufnahme am 1. September für die Haushaltungen angegeben sind. Sie erstrecken sich auf Speck, Schinken, Würste, Hühnerfleisch, Zuder, Reis, Kaffee, Konserven aller Art. Benannt werden 33 einzelne Nahrungsmittel. Die Hausfrauen haben also Zeit genug, ihre Vorräte in Sicherheit zu bringen.

Ausbildung von Rindviehkontrollbeamten. Junge, unverheiratete Landwirte im Alter von 16 bis 30 Jahren können noch vierwöchiger Ausbildung durch die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg für die Rindviehkontrollbeamten der Provinz Brandenburg außerhalb der Provinz Brandenburg, Anstellung erhalten. Die Zahl der offenen Stellen ist groß. Einkommen bei freier Station von 600 Mark an. Richtiges Kurse beginnen am 22. August und am 23. September. Ausführliche Bedingungen erhältlich von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Berlin N. W. 40, Kronprinzenufer 8/6.

Die Antwort des englischen „Friedenshebers“.

Seit Beginn des Krieges gehörte der bisherige Herausgeber des „Economist“ (einer der ernstesten und sachlichsten Zeitungen Englands), H. B. Sir, zu den unerschrockensten Vorläufern eines ehrenvollen Friedens und zu den beständigen Gegnern aller Eingriffe in die überlieferte Freiheit des englischen Staatsbürgers. Nun ist er der Kriegsbegeisterung zum Opfer gefallen: er ist von der Leitung des Blattes verdrängt und durch einen früheren Finanzredakteur der „Times“ (Charles Withers) ersetzt worden. Er nimmt von seinen Lesern mit folgenden mannhaften Worten Abschied:

„Ein festes Wort schäme ich dem „Economist“ und seinen Lesern. Ich bin von dem Finanzredakteur der „Times“ verdrängt worden, dem „Economist“ den Stempel einer betrübend passivistischen Politik aufgedrückt zu haben. In klaren Worten gesteht er, daß er, ein Friedensstifter zu sein. Diese Anklage ist für mich keineswegs „betrübend“. Ich selbst bekenne mich schuldig. Ja es ist während des letzten Jahres mein höchstes Ziel gewesen, die öffentliche Meinung für den Friedensschluß vorzubereiten, indem ich Vernunft und Tatkraft gegenüber Leidenschaft und Lüge sprechen ließ. Und könnte ich glauben, daß ich den Friedensschluß auch nur um einen Tag beschleunigt habe, daß ich so viele Menschenleben und gesunde Körper gerettet hätte, als jetzt in vierundzwanzig Stunden verloren werden, so würde ich das Gefühl haben, einen Preis gewonnen zu haben, der an Wert allen Auszeichnungen gleichkommt, welche irgend ein König über seine Günstlinge oder ein Minister über seine Anhänger auszusprechen pflegt. Daß die Friedensverhandlungen eine schwierige Aufgabe bilden, gebe ich zu; daß aber die Erreichung eines ehrenvollen und dauernden Friedens über die Kraft einer tüchtigen Diplomatie hinausginge, das stelle ich ganz entschieden in Abrede. Von allen kriegsführenden Nationen wird der Friede herbeigesehnt, dessen Fülle ich mich sicher, und die Tatsache, daß die Auflage des „Economist“ gerade in den letzten Wochen ihre höchste Zahl erreicht hat, mag als Anzeichen dienen für die Stimmung unserer Gesellschaft.“

Die Worte eines tapfern und edlen Menschen!

Die Buren und der deutsche Kolonialkrieg.

Der südafrikanische Berichterstatter der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt aus Pretoria (Transvaal) im Morgenblatt vom 27. 7.: Ueber allem, was den Krieg gegen die deutschen Kolonien in Afrika betrifft, liegt eine Geheimniskammer, die allerhand Gerüchte veranlaßt. Das einzige, was wir hören, ist, daß die Aufgabe in Deutsch-Ostafrika sehr viel schwieriger ist, als in Deutsch-Südwest. Fernerhin kommen regelmäßig große Verluste heraus, und jeden Tag haben „Rand Daily Mail“ und „Star“ voller Abbildungen von Gefallenen — lauter junge Leute mit englischen Namen. General Smuts schied wenig oder gar keine Nachrichten, sondern drückte nur dringend um mehr Truppen nach Ostafrika. Wieder sind 40.000 Mann nötig. Aber es besteht keine Lust zur Teilnahme.

Im Parlament widerlegen sich die Nationalisten energisch den Kreditforderungen der Union-Regierung. General Herkog hat letztere scharf kritisiert und von Verfehlung gesprochen. Am November 1915 seien für die Unternehmung in Deutsch-Ostafrika 200.000 Pfund bewilligt worden und die Regierung habe ausdrücklich gesagt, daß nicht mehr nötig sein würde. Auch in der „Volksstimme“ sei diese Zusage erschienen. Alles dieses hatte, wie Herkog sagte, den Volkstempel irreführend. Die Sache liegt sehr einfach. General Smuts sah keine Möglichkeit das Geld für die Expedition zu bekommen, weder von den Nationalisten noch von der Boer-Partei. Darum erbat er 200.000 Pfund, um den Unterschied in der Befolgung auszugleichen und schwebte über das übrige. Als er gefragt wurde, ob das alles wäre, da erwiderte er trocken: Ja, jetzt aber kommt die Wahrheit ans Tageslicht. Ueber die Kosten der Expedition war nicht gesprochen worden, und diese sollten erheblich mehr betragen! 2.500.000 Pfund waren bereits ausbezahlt und weitere 800.000 Pfund erforderlich. Für Sanitätsdienst, ein Infanterieregiment, eine Kavallerie, Waffentrocken, Feldtelegraphie usw. sollten neue Kredite nötig sein. Boer behauptet jetzt, die Boerwaffenbesitzer hätten ihn seinerzeit nicht auf verstanden! Damals sei erklart worden, wenn der Krieg lange dauern würde, so würde die Regierung mehr Geld beantragen. Es sei beschlossen worden, daß die Union, solange sie Rekruten bekommen könnte, diese auch bezahle. Außerdem würde kein Land aus diesem Kriege mehr Vorteil ziehen, als Südafrika. „Hunderttausend würde man zurückerhalten, was man jetzt ausgibt.“ So sprach Boer, und die Unionisten (Engländer) unterstützten ihn.

Die Nationalisten (Buren) begriffen, daß alles Reden und Protestieren vergeblich sein würde. Man beantragte, „daß kein Geld mehr für die Expedition nach Deutsch-Ostafrika ausgegeben werden solle“. Das wurde mit 79 englischen gegen 21 Burenstimmen abgelehnt.

Postdampfer, Truppentransport und U-Boot.

Wien, 10. Aug. Das Wiener A. N. Telegr. Korrespondenz-Bureau schreibt: Das deutsche Bureau hat vor einiger Zeit folgende Depesche aus Maila veröffentlicht: Der italienische Postdampfer „Lombardo“ wurde durch ein Tauchboot zum Sinken gebracht. Achtundzwanzig Mitfahrer, die hier gestern ankamen, erzählten, daß das Schiff von Venghosi nach Syrakus unterwegs war. Die Besatzung zählte fünfzig Köpfe. Außer ihr führten noch 118 Passagiere mit, auch Frauen und Kinder waren darunter. Das Tauchboot löste einen Warnungsschuss und fuhr auf das Schiff fortwährend weiterfeuernd zu. In einer halben Stunde hatte es das Schiff ein, worauf dieses die Rettungsboote niederließ. Das Tauchboot feuerte immer weiter, wodurch fünf Rettungsboote umschlugen, deren Insassen ertranken oder durch das Feuer getötet wurden. Wie verlautet, erreichten noch zwei Boote Syrakus.

Wie das A. N. Telegr. Korrespondenz-Bureau von zuvoriger Seite erzählt, spielte sich der Bergang folgendermaßen ab: Am 9. Juli, morgens, sichtete eines unserer Unterseeboote einen etwa 2000 Tonnen großen Dampfer, der das Aussehen eines

Postdampfers hatte. Um den Dampfer anzuhalten, fuhr ein U-Boot auf etwa 8000 Meter Entfernung heran und schickte einen Warnungsschuss dem Dampfer vor den Bug. Der Dampfer hielt nicht, drehte vielmehr ab und eröffnete sofort aus zwei Geschützen das Feuer. Er versuchte durch Erhöhung der Geschwindigkeit und Zahren in Zigzagskurven zu entziehen. Das U-Boot nahm die Verfolgung auf und erwiderte das Feuer des Dampfers ohne zunächst Treffer zu erzielen. Nach einem Artilleriegefecht etwa zwanzig Minuten Dauer stellte der Dampfer das Feuer und begann nacheinander fünf Boote auszuwerfen. Er hatte, wie wieder ein Signal noch eine Rettungsboote geholt. Er tat dies fernerhin nicht. Das U-Boot war wegen des Geschützfeuers des sonstigen Verhaltens des Dampfers, auf dem viele uniformierte Leute gesehen wurden, überzeugt, einen Truppentransport vor sich zu haben. Es ging daher vorsichtig näher und schickte dem Abstoßen der Boote ab und zu auf den Dampfer, damit die Geschützbesatzung zurückbleiben sollte, die das Feuer auf Entfernung wieder aufnehmen könnte. (Diesbezüglich sei auf Maila „Paralag“ verwiesen.) Treffer wurden erst auf eine Entfernung von 3000 Meter erzielt, nachdem sämtliche Boote, wie erwähnt, vom Dampfer abgestoßen waren. Schließlich ging ein U-Boot bis auf etwa 800 Meter an den Dampfer heran, zeigte sich, daß keine Leute mehr an Bord waren und vernahm das Schiff durch einen Torpedoschuss. Nach dem Senken des Dampfers ging das U-Boot noch in die Nähe eines ausgelegten Boote, um Namen, Topp und Nationalität des Dampfers festzustellen. In dem Boote befanden sich etwa 30 Leute, von denen etwa 20 Abteilungsuniformen mit Koffern trugen. Da es durch die Aussage der Leute festgestellt wurde, daß das Schiff Venghosi nach Syrakus unterwegs war, bestätigte sich die Annahme des U-Bootkommandanten, daß es sich um ein Schiff mit Truppen an Bord, und zwar um den italienischen Dampfer „Lombardo“ handelte.

Die bedrängte Schweiz.

Der Berner „Bund“ bestätigt, daß das vollständige Scheitern der Pariser Verhandlungen einen schweren Schlag für die Schweiz bedeutet. Der Schlag gilt nicht uns, aber er trifft uns. Die Schweiz anders aus, wenn die Entente inslande wäre, das Kompensationsverbot mit einem Kompensationsersatz zu lösen; aber kann uns weder deutsche Rohstoffe noch deutsche Eisen liefern. Die Alliierten werden uns also bezüglich unentbehrlicher Rohstoffe in Abhängigkeit von Deutschland belassen.“ Das heißt, daß unter den Bedingungen der Schweiz mit Deutschland nächstens, voraussichtlich in Bern, aufgenommen werden hierbei werde der Austausch schweizerischer Eigenprodukte mit Waren der Mittelmächte in besondere Erwägung gezogen werden. Auch die „Berliner Tagblatt“ muß nunmehr bekennen: die Entente nicht nach, so wird nichts anderes übrig bleiben, als Deutschland eine Verständigung zu suchen, die den Kaufhandel und insbesondere den Kompensationsdienst auf anderen Boden stellt. Ohne eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Schweiz wird es dabei kaum abgehen; aber diese ist immer noch besser als der Krieg.“ Es ist vielmehr sicher, daß Deutschland bemüht sein wird, Schweiz weitgehende Hilfe und Erleichterung zu gewähren.

Türken Erfolg gegen einen Parteigänger Englands.

Konstantinopel, 10. Aug. (M. A.) Wie die Blätter erzählen, haben die bei Melia operierenden türkischen Streitkräfte den hängenden des ehemaligen Emir's Hussein aus ihren Verschanzungen im Aschar-Pas, 50 Kilometer südlich Medina, vertreiben. Die Kamelreiterschwärme der Aufständischen ergab sich mit 1000 Waffen. Der Scheich Ahmed el Mansur, der die alliierten Hilferläufer anstößt, hat sich unterworfen. Der türkische Scheich von Nubien erbeutete bei Tscheddah die Zelte Hussein's, dessen meisten Anhänger sich in die Wüste und in die Heimat zurückzogen.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn R. Ueber Urlaubsgewährung gibt es keine feste Bestimmung. Natürlich kann jeder Divisionskommandeur ganz freiem Ermessen handeln.
Herrn H. A. Frank. Wegen Steuernachschuß oder Einkommensteuer müssen Sie sich an die städtische Steuerverwaltung im Rathaus wenden.
Herrn D. Weiskirchen. Die Karten sind jeden Sonntag zu 2. 300. Ihnen steht unter diesen Umständen eine Unterbrechung nicht zu.
Herrn J. Ihren Wunsch habe ich gern weiter befördert. Gruß und viel Glück!

Bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern sind Tonal-Tabletten unübertroffen. Sie rufen die zuverlässigste Wirkung. In Packung zu 1.40 und 3.60.
Dose: 64,5 Acid. acetic, 4,05 Chinin tannic, 12,6 Lith. cit., 6,8 Amyl. naphthyl et. talc.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. Main
Großer Hirschgraben 17

Für die Einheit der Partei!

Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 60 Pfennig :: Vereinsausgabe 20 Pfennig

Ein Aufruf, in flammenden Worten an die deutsche Arbeiterklasse gerichtet, die Einheit der Partei, ihre Geschlossenheit und damit ihre Stärke zu wahren. Nur dann ist es der Sozialdemokratie möglich, die nach dem Kriege bevorstehenden Aufgaben so zu lösen, wie es das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter erfordert.

In keiner Arbeiterfamilie darf die Volksstimme fehlen!